

Marktkommentar November

Am Ende der ersten Novemberwoche überraschte EZB-Chef Draghi die Finanzmarktteilnehmer mit einer „Amerikanisierung“ der europäischen Zinsen. Die auf nun nur noch 0,25% abgesenkten Leitzinsen markieren damit ein neues historisches Tief, und das, obwohl doch in den Wochen zuvor fast schon gebetsmühlenartig von Stabilisierung oder gar wirtschaftlicher Erholung in Europa fabuliert wurde.

Doch nicht etwa die zwischenzeitlich erreichte Stärke des Euros gegenüber US-Dollar oder Yen, die insbesondere Frankreich beendet sehen wollte, („Wir fordern, dass die Europäische Zentralbank das macht, was alle anderen Regierungen tun: die Zinssätze gemäß unserer Interessen anzupassen. Der Euro ist zu teuer, zu stark und ein klein wenig zu Deutsch. Er sollte etwas italienischer, französischer, im Grunde europäischer sein.“, Arnaud Montebourg, Minister für die Belebung der Produktion), diente der EZB dabei als Begründung für diesen Zinsschritt, sondern die im Oktober im Jahresvergleich von 2,5% auf 0,7% gesunkene - Deflationsängste erzeugende - Inflationsrate im Euroraum. Nach Worten der EZB-Währungshüter sehen diese nun ihr Mandat „gefährdet“, schließlich kann die „Stabilität“ des Euro nur dann langfristig gewährt werden, wenn dieser auch Jahr für Jahr die als Ziel definierten knapp 2% Kaufkraftverluste erleidet!

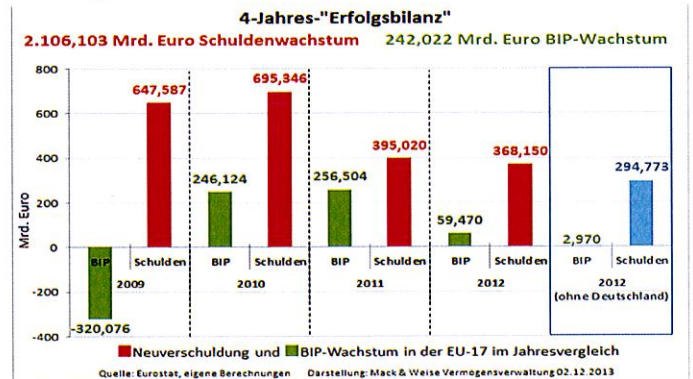
Selbst wenn man aber nun - trotz gefühlter (und zu bezahlender) Inflationsraten von eher fünf Prozent - tatsächlich an die Aussagekraft einer durchschnittlichen statistischen Preissteigerungsrate in der Eurozone glauben sollte, zeigen die stark divergierenden Preisniveaus in den jeweiligen 17 Ländern (das Armenhaus Europas Griechenland gehört mit zu den teuersten Ländern) eindeutig, dass es nicht einmal theoretisch möglich ist, eine sinnvolle (Null-Zins-)Geldpolitik in einem wirtschaftlich immer stärker auseinanderdriftenden Europa zu betreiben. Vor diesem Hintergrund ist die Kritik des Co-Chefs der Deutschen Bank Fitschen an der „Draghi'schen Liralisierung“ des Euros äußerst bemerkenswert: „Jeder, der glaubt, dass er mit einer fortgesetzten Periode des billigen Geldes Probleme löst, dem ist nicht zu helfen.“

Aber angesichts der Tatsache, dass die Euro-Utopisten in der EZB und der Politik - trotz Dauerrezession und Rekordmassenarbeitslosigkeit in den Südländern - immer wieder das Ende der Krise ausrufen, so wie jüngst wieder der deutsche Finanzminister Schäuble („Die Euro-Zone ist aus der längsten Rezession ihrer Geschichte heraus.“), muss man fast schon vermuten, dass die Verantwortlichen inzwischen selbst an ihre eigene Erfolgspropaganda glauben und die bittere Realität schlichtweg ignorieren. Auch wenn sich die Eurokraten, wie einst die Zentralplaner im sozialistischen Ostblock, ihre Welt gern malen, wie sie ihnen gefällt, so lassen die zuletzt verstärkt zu beobachtenden Massenproteste in Spanien, Italien, Griechenland oder Frankreich, die unserer (System-)Presse leider keine die Idylle störenden Schlagzeilen wert sind, erkennen, dass die Bevölkerung dieser Länder immer weniger bereit ist die Konsequenzen der ignorierten Realität stumm und klaglos zu ertragen!

Streikten in Portugal Anfang November erst die Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes gegen die geplanten härtesten Sparmaßnahmen seit 45 Jahren, waren Ende des Monats tausende „Polizisten im Kampf“. Ein unbefristeter Warnstreik der Stadtreinigungsbeschäftigten ließ hingegen Spaniens Hauptstadt Ma-

drid wochenlang im Dreck versinken, während sich die Griechen massenhaft versammelten, um nicht nur die „Gläubiger-Troika“ zu „grüßen“. Doch auch in Frankreich, wo ein völlig überfordertes Präsident Hollande verschiedenen Protestbewegungen gegenübersteht, deuten immer mehr Zeichen auf einen bevorstehenden Sturm. Dringend notwendige Reformen werden sofort von den Protesten der Bevölkerung erstickt, was nun selbst die EU-Kommission und Ratingagenturen am wirtschaftspolitischen Kurs Frankreichs zweifeln lässt. Da laut einer Umfrage inzwischen 72% der Franzosen glauben, dass die soziale Unzufriedenheit zu einer bedeutenden Protestbewegung führen wird, und die Bereitschaft der Franzosen zu Revolutionen und Aufständen im kulturellen Erbgut fest verankert ist, könnte dieses Land schon bald die europäische - unter „AAA“-Schwindsucht leidende - „Stabilitätsunion“ in ihren Grundfesten erschüttern.

Solange der Euro aber noch mithilfe der EZB, sich gegenseitig rettenden Rettungsschirmen und heimische Staatsanleihen aufsaugender (Peripherie-)Banken zusammengehalten werden kann, wird es nach unserer Einschätzung in Europa auch zukünftig nur ein kräftiges reales Wachstum geben: das der Schulden! (s. Abb.)



Derweil feiern sich die Finanzmärkte in eine neue Blase hinein und ignorieren im Rausche des billigen Geldes nicht nur die schwachen Fundamentaldaten, sondern auch die immensen Risiken, die jederzeit nicht nur in Europa, sondern auch in Japan oder den USA virulent werden können. Da aus der Krise 2008 keinerlei Lehren und noch weniger Konsequenzen gezogen wurden, gehen die an die Allmacht der Notenbanken glaubenden Finanzmarktteilnehmer heute noch größere Risiken als vor der Krise ein. So ist seit dem Februartief 2009 (173,3 Mrd. USD) das US-Wertpapierkreditvolumen zuletzt bis auf 412,5 Mrd. USD angeschwollen, während das von den „systemrelevanten“ und steuergeldversicherten Banken betriebene börsliche und außerbörsliche Derivate-Casino mit einem ausstehenden Nominalvolumen von 761.171 Mrd. USD (zur Einordnung: Welt-BIP 2012: 71,918 Mrd. USD) nun völlig aus dem Ruder zu laufen scheint.

Auch wenn die Edelmetalle unter dem Eindruck wiederholt auftretender großvolumiger, meist unlimitierter - also „verlustoptimierender“ - Comex-Kontraktverkäufe weiterhin zur Preisschwäche neigen, bleiben sie die ultimative Absicherung gegen die immensen, stetig wachsenden Systemrisiken. Erinnerung sei in diesem Zusammenhang eine Aussage des Bankiers Paul Warburg aus dem Jahre 1929: „Wenn es Orgien uneingeschränkter Spekulationen erlaubt ist, sich zu weit auszubreiten, dann ist der totale Zusammenbruch gesichert.“